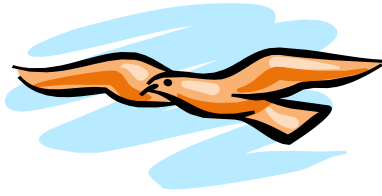


DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

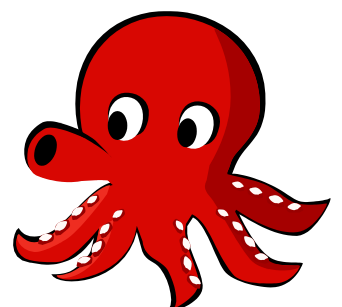
23. Jahrgang
Ausgabe I/2022

www.dstg-mv.de

www.dstg-mv.de



 **dbb**
beamtenbund
und tarifunion

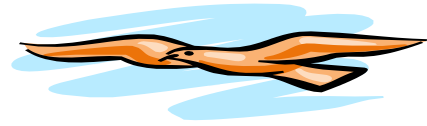




Liebe DSTG-ler,

der Landesverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern verurteilt den russischen Angriff auf die Ukraine. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine, die durch die russische Invasion um ihr Vaterland und um ihr Leben fürchten müssen. In Gedanken sind wir aber auch bei den Menschen in Russland, die ihre Freiheit riskieren, um gegen den von Putin entfesselten Krieg auf die Straße gehen. Wir hoffen mit all diesen Menschen, dass dieser Wahnsinn bald ein Ende nimmt und die Kriegstreiber ihre gerechte Strafe erhalten.

Der Landesverbandsvorstand
der DSTG Mecklenburg-Vorpommern



Inhalt u.a.:

1. aus und von dem DSTG-Landesverbandsvorstand M-V

- ⇒ **Vorwort**
- ⇒ **Nachruf Gabriela Brosche**
- ⇒ **Nachruf Lothar Kleinschmidt**
- ⇒ **Gewerkschaftsveranstaltung OV Pasewalk**
- ⇒ **Unsere Pinnwand**



2. dbb mv und DSTG Bund

- ⇒ **Info / Newsletter DSTG - Bund und dbb**
- ⇒ **Seminarplanung 2022**

3. weiteres

- ⇒ **Buchvorstellung: „Die lautlose Eroberung“**
- ⇒ **Guter Rat: „Was sind eigentlich Abnehm-Spaghetti“**
- ⇒ **Aufnahmeantrag DSTG LV M-V**
- ⇒ **Änderungsantrag DSTG LV M-V**
- ⇒ **Aufnahmeantrag FSG e.V. M-V**



VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Corona-Pandemie und kein Ende in Sicht. So langsam macht einem die langanhaltende Situation doch schon recht müde. Auch stets positive Menschen wünschen sich nichts sehnlicher als ein Ende der Pandemie und wieder ein normales Leben. Und als wäre die Situation nicht schon unerträglich genug, kommt mit einer neuen Bundesregierung auch noch eine inflationäre Situation einher, die ihres gleichen sucht. Von den davongaloppierenden Energiepreisen getrieben, wird für die Millionen Pendler in Deutschland die Fahrt mit dem eigenen Auto zur Arbeit zum Luxus. Das Bangen um den ersten oder nächsten Stromausfall treibt viele Menschen genauso um wie der bange Blick auf die Situation rund um den Krieg in der Ukraine.

Was ist los in dieser Welt?

Die einen lassen sich feiern für ihren Wahlerfolg und der damit einhergehenden Tatsache, dass sie nach erfolgreichen Koalitionsgesprächen nunmehr Regierungsparteien sind, und die anderen lassen sich feiern für einen Tarifabschluss, der in Gänze betrachtet nicht einmal einen Inflationsausgleich darstellt und von der Basis eher skeptisch betrachtet und belächelt wird. Auf kritische Stimmen, die auf die recht gefährliche Gesamtsituation hinweisen, wird nichts gegeben. Aber ein „weiter so“ oder „weiter wie bisher“ wird es und darf es nicht mehr geben. Wieder einmal könnte man den deutschen Dichter Heinrich Heine mit dem Satz – Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. – zitieren. Und selten war dieser Satz so richtig wie in der Gegenwart.

Mit einem Blick in unsere Steuerverwaltung ist es da dann auch nicht besser. Auch hier läuft vieles nicht rund. Übertüncht werden die Probleme nur durch die noch vorhandene Freude der Kolleginnen und Kollegen über die Möglichkeit des Homeoffice. Viele, selbst Skeptiker dieser alternativen Arbeitsform, haben das Homeoffice für sich entdeckt und könnten diese Form der Arbeitserledigung rund um die Uhr und an jedem Tag der Woche durchführen. Aber dieses Homeoffice hat natürlich, wie alles im Leben, auch seine Schattenseiten. Eine davon sind die Überstunden, die derzeit vor allem dem Führungspersonal große Kopfschmerzen bereiten. Dabei geht es nicht darum, diese zu leisten, sondern eher darum diese dann zu einem späteren Zeitpunkt zu nehmen. Möglicherweise dann zu nehmen, wenn die Vertretungen im Homeoffice arbeiten



wollen würde, es dann aber nicht können. Der Gedanke, dass dienstliche Belange auf der Strecke bleiben könnten, ist dem Führungspersonal ein zu großes Wagnis. In Bezug auf die gestiegenen Ausbildungszahlen und dem damit einhergehenden Mehr an praktischer Ausbildung ist alles zu tun, um diese auch abzusichern. Daran kommt keiner vorbei. Bleibt die Frage nach dem „Wer“ und dem „Wie“. Verhindert werden muss auf jeden Fall der Zustand, dass den Auszubildenden die Schuld an nicht gewährtem Homeoffice zugewiesen wird und diese damit zu Prügelknaben werden. Aufgepasst werden muss aber auch, dass gewerkschaftliche Errungenschaften durch das Homeoffice nicht untergraben werden. Hier sind zu aller erst die 40 Stunden-Woche und der arbeitsfreie Sonnabend zu erwähnen. Beides wird allzu leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Ganz abgesehen von den geltenden Bestimmungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Auch diese Regelungen, die nicht vom Himmel gefallen sind und dem Schutz der Kolleginnen und Kollegen dienen, sollen und dürfen nicht unbeachtet bleiben und können sich ganz schnell als Bumerang erweisen. Das größte Problem unserer Verwaltung ist und bleibt aber der Personalmangel. Auch wenn die Personalkonzepte der Landesregierung längst eingefroren sind und Ausbildungsinitiativen gestartet wurden, so ist in den Finanzämtern von all dem wenig zu merken. Ein unübersehbares Mehr an Fallzahlen (Besteuerung von Kurzarbeitern und Rentnern) führt, was der Normalität entsprechen würde, eben nicht zu einem Mehr an Personal in den Finanzämtern. Offensichtlich herrscht im Finanzministerium die Meinung vor, dass, wenn die gestiegenen Fallzahlen keinen Eingang in die jährliche Personalbedarfsberechnung finden und sich so auch kein Mehrbedarf an Personal ergibt, die Welt in Ordnung ist. Diese Denkweise wird nicht aufgehen. Seit langem sind die Kolleginnen und Kollegen in den veranlagenden Bereichen der Finanzämter an ihren Belastungsgrenzen, was sich auch an den gestiegenen Krankheitszahlen ablesen lässt. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass das Jahrhundertprojekt „Grundsteuer“, welches personell nur allzu sehr auf Kante genäht wurde, rasch zum Rohrkrepiere werden kann. Bereits jetzt ist zu hören, dass sich Ämter schon bei den vorbereitenden Arbeiten hinsichtlich des Grundsteuerprojektes gegenseitig unterstützen mussten und auch vermehrt amtsinterne Kräfte zur Erledigung dieser Tätigkeiten herangezogen werden mussten. Wir, das ist ein Versprechen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern, werden die Arbeiten rund um das Grundsteuerprojekt weiter beobachten und berichten.

Mit kollegialem Gruß

Frank Höhne



DIE BESSERE BANK



BBBank erneut zur Bank des Jahres gekürt

Die BBBank geht in ihrem Jubiläumsjahr das neunte Mal in Folge als Sieger bei den überregionalen Filialbanken hervor und wird „Bank des Jahres 2021“.

Der etablierte Bankentest wurde vom Deutschen Institut für Servicequalität (DISQ) im Auftrag des Nachrichtensenders n-tv durchgeführt. In der bundesweiten Onlinestudie wurden von Juli bis September 2021 rund 30.000 Menschen befragt, wie zufrieden sie mit den Leistungen ihrer Bank sind.

Die BBBank erzielt in der Kategorie „Kundenzufriedenheit Überregionale Filialbanken“ den ersten Platz und bestätigt damit ihren Erfolg der letzten Jahre. Bei der Analyse lag das Augenmerk auf den Kriterien Service, Konditionen, Transparenz, Sicherheit, Image/Ruf der Bank, Produktspektrum, Ärgernisse und Weiterempfehlung. Die BBBank belegte bei den überregionalen Filialbanken in allen Kategorien den Spitzenplatz.

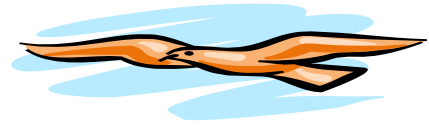
Die Auszeichnung „Bank des Jahres“ unterstreicht einmal mehr die Zufriedenheit der



Kunden und den hohen Betreuungsstandard, den sich die Bank täglich zum Ziel setzt. Mehr als 92 Prozent der Befragten sind von der BBBank überzeugt und würden sich wieder für die Bank entscheiden.

Dieser Qualitätsstandard findet sich auch in unserem nachhaltigen und persönlichen Private Banking wieder. In der ganzheitlichen Beratung betrachten wir gemeinsam mit unseren Kundinnen und Kunden die persönlichen Lebens- und Vermögenssituationen und gehen auf ihre finanziellen Erwartungen und Ziele ein. Wir entwickeln maßgeschneiderte Konzepte und individuelle Lösungen für eine sinnvolle Vermögensstrategie. Als „Bank des Jahres“ ist es unser Anspruch, die Erwartungen unserer Kundinnen und Kunden zu erfüllen, und unser Ansporn, sie noch zu übertreffen.





Das Mehr-wert-Girokonto¹ der BBBank.

Mehr Vorteile. Mehr Beratung. Mehr Erfahrung.

50,^{Euro}-

Startguthaben für
dbb-Mitglieder und
ihre Angehörigen



 **Jetzt informieren**
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbb.de
und auf www.bbb.de/dbb



 **dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

BB  **Bank**
Better Banking

¹ Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezüge-eingang, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.



Nachruf



Am 06. Dezember 2021 verstarb nach langer, schwerer Krankheit viel zu früh unser langjähriges Gewerkschaftsmitglied, Gabriela Brosche. Vielen von uns sehr wahrscheinlich besser bekannt unter dem Namen Gabi Mattern. Geboren am 23. Februar 1960 war sie eine der Kolleginnen, die als Aktivistin der ersten Stunde tatkräftig am Aufbau der Steuerverwaltung in unserem Bundesland beteiligt war. Vom ersten bis zum letzten Arbeitstag war sie im Finanzamt Rostock als Tarifbeschäftigte tätig. Schon sehr früh setzte sich Gabriela Brosche für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein. So wunderte es nicht, dass sie sich als Kandidatin für den Bezirkspersonalrat bei der Oberfinanzdirektion

Rostock und den örtlichen Personalrat im Finanzamt Rostock aufstellen ließ und gewählt wurde. Sie war die erste Vorsitzende eines Bezirkspersonalrates in unserer Finanzverwaltung. Gabriela Brosche war Gründungsmitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft in Mecklenburg-Vorpommern und glühendes Gewerkschaftsmitglied.

Sehr früh wurde Gabriela Brosche von einer unheilbaren Krankheit heimgesucht, die sie für viele Jahre in den Rollstuhl zwang. Sie kämpfte sich zurück ins Leben und in den aktiven Dienst. Jetzt setzte sie sich sehr engagiert für die Interessen der Menschen mit Behinderungen ein. Im Finanzamt Rostock kandidierte sie für die Schwerbehindertenvertretung und wurde in dieses Ehrenamt gewählt. Neben ihrem gesellschaftlichen Engagement innerhalb des Dienstes engagierte sie sich auch außerhalb der Verwaltung. So war sie unter anderem langjährig als ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht tätig. Der örtlichen Personalvertretung war sie, wann immer man ihren Rat brauchte, eine gute Ratgeberin. Aber eigentlich war sie es, die die Hilfe der Interessenvertretungen brauchte, weil der Dienstherr nichts unversucht ließ, Gabriela Brosche aus dem aktiven Dienst zu entfernen. Eine neue Liebe hauchte ihr neuen Lebensmut ein und brachte es zustande, dass sie sich kurzzeitig vom Rollstuhl befreien konnte. Man wollte fast an Wunderheilung glauben, bis dann die Krankheit mit voller Wucht zurückkehrte. Am Ende verlor sie, die den Lebensmut nie aufgegeben hat, den Kampf gegen die Krankheit.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Frank Höhne
Landesvorsitzender



Nachruf



Am 28. Januar 2022 verstarb viel zu früh unser langjähriges Landesvorstandsmitglied, Lothar Kleinschmidt. Geboren am 07. März 1957 war er nach mehreren beruflichen Stationen und einem Fernstudium an der Fachschule für Finanzen in Gotha bis zur Wende in der Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises Lübz tätig. Am 01. Juli 1990 wechselte er ins Finanzamt Parchim. Lothar Kleinschmidt war Gründungsmitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft in Mecklenburg-Vorpommern. In der Landesleitung der Deutschen Steuergewerkschaft vertrat er den Tarifbereich und setzte sich stets für die Rechte der Tarifbeschäftigten ein. Lothar Kleinschmidt war im Interesse der Tarifbeschäftigten stets darum bemüht im Tariffrecht auf dem Laufenden zu bleiben, um im Rahmen seiner Gewerkschaftsarbeit und im

Landesvorstand sein Wissen und seine Kraft vollumfänglich einzubringen. Gerade in den Jahren des Aufbaus der Finanzverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern, in einer Zeit in der die Steuerverwaltung zu mehr als 90 Prozent aus Tarifbeschäftigten bestand, waren Menschen wie Lothar Kleinschmidt so wichtig. Warum es Lothar Kleinschmidt gerade wegen seines gesellschaftlichen Engagements in 29 Jahren nur bis ins erste Beförderungsjahr seiner Laufbahn geschafft hat, bleibt das Geheimnis unseres obersten Dienstherrn.

Im Verlaufe der Wahl eines neuen Landesverbandsvorstandes auf dem 6. Landesverbandstag 2013 in Rostock trat Lothar Kleinschmidt erneut zur Wahl als Beisitzer an, unterlag aber gegenüber anderen Kandidat*innen und schied so nach mehreren Wahlperioden und aktiver Gewerkschaftsarbeit aus dem Landesvorstand aus.

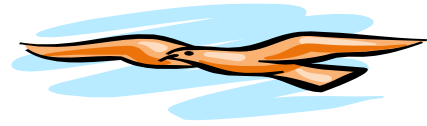
Den Kontakt zu Lothar Kleinschmidt, der nach der Auflösung des Finanzamtes Parchim im Finanzamt Schwerin und in dem dort tätigen Ortsverband der Deutschen Steuer-Gewerkschaft ein neues zu Hause fand, verloren wir nie.



Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Frank Höhne
Landesvorsitzender





Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern · D-19048 Schwerin

Herrn Frank Höhne
Landesvorsitzender
Deutsche Steuergewerkschaft M-V
Grasnelkenweg 7
18184 Kösterbeck

Sehr geehrte Herr Höhne,

für Ihre Glückwünsche zum Wahlausgang danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

Das großartige Wahlergebnis hat mich zutiefst berührt. Nachdem nun eine stabile und verlässliche Regierung für Mecklenburg-Vorpommern gebildet wurde, freue ich mich, dass mir auch als Ministerpräsidentin erneut das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern will ich mit Optimismus und Zuversicht den begonnenen Kurs fortsetzen und Mecklenburg-Vorpommern weiter wirtschaftlich stark, sozial gerecht und klimafreundlich weiterentwickeln. Das ist der richtige Weg für die Zukunft unseres Landes.

Ich freue mich darauf, Sie und Ihre Institution aktiv mit dabei zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Manuela Schwesig
Manuela Schwesig

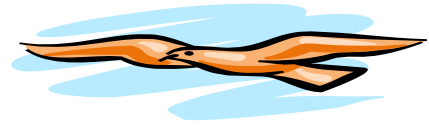
9100018299678

Hausanschrift:
Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2-4 · D-19053 Schwerin

Postanschrift:
Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
D-19048 Schwerin

Telefon: +49 385 588-0
Telefax: +49 385 56 51 44
poststelle@stk.mv-regierung.de
www.mv-regierung.de





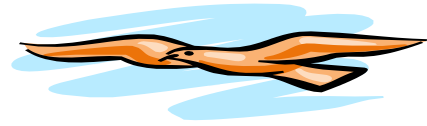
**Wir tauchen
nicht nur zu
den Wahlen
auf!**

Mein Beruf
Meine Gewerkschaft **DSTG.**



Seminarplanung 2022 Termine Ausschreibung/Storno

Seminar-Nr.	Zeitraum	Thema	Leiter/-in	Ausschreibung	Meldeschluss	Stornotermin - dbb akademie
2022 B021 CH	13.02.-15.02.2022	Tarifpolitik	Leverkus	20.12.2021	10.01.2022	13.01.2022
2022 B267 CH	13.03.-15.03.2022	Steuerpolitik/Steuerfahndung	Eigenthaler	10.01.2022	07.02.2022	11.02.2022
2022 B049 CH	31.03.-02.04.2022	Mitgliedergewinnung und -betreuung	Dames	31.01.2022	21.02.2022	28.02.2022
2022 B056 CH	11.04.-13.04.2022	Seniorenpolitik	Schwitzer	07.02.2022	07.03.2022	11.03.2022
2022 B127 CH	28.08.-30.08.2022	Schwerbehinderte	Balster	27.06.2022	25.07.2022	28.07.2022
2022 B156 CH	25.09.-27.09.2022	KONSENS	Volz	25.07.2022	22.08.2022	25.08.2022
2022 B173 CH	16.10.-18.10.2022	Frauenpolitik	Mieder	15.08.2022	12.09.2022	16.09.2022
2022 B196 CH	20.11.-22.11.2022	Jugend	Heisig	19.09.2022	17.10.2022	20.10.2022
2022 B211 CH	12.12.-14.12.2022	Mitgliedergewinnung und -betreuung	Köbler	10.10.2022	07.11.2022	12.11.2022



dbb
beamtenbund
und tarifunion



Redaktion: Cornelia Krüger
Herausgeber: dbb Bundesleitung
Friedrichstraße 169/170, 10117
Berlin

Sie können die Newsletter jederzeit unter www.dbb.de abrufen!

Aus diesem Grund werden wir zukünftig auf die vollständige Übernahme der Newsletter des dbb verzichten. Zukünftig weisen wir an dieser Stelle nur noch auf die aus unserer Sicht wichtigsten Newsletter hin.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zum dbb newsletter haben, wenden Sie sich bitte an die dbb Internetredaktion unter <mailto:redaktion@dbb.de>

Weitere Informationen unter www.dbb.de oder auf Facebook (<https://www.facebook.com/dbb.online>)



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
mecklenburg-
vorpommern

09.12.2021

dbb dialog: Studie „Verwaltung in Krisenzeiten #2“ Öffentlicher Dienst muss zügig krisenfest werden

Mehr Personal, mehr Digitalisierung und mehr Agilität fordert der dbb, um den öffentlichen Dienst zügig krisenfest zu machen. Eine Beschäftigtenbefragung zeigt die Baustellen auf.

„Nach fast zwei Jahren Covid19-Pandemie gibt es aus Sicht der Beschäftigten zwei große Learnings: 1. Verwaltung kann Krise. Dies ist vor allem der großen Motivation und Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die sich in den vergangenen Monaten ad hoc auf vollkommen neue Arbeitsbedingungen und Herausforderungen umgestellt haben und dauerhaft an der Belastungsspitze und darüber hinaus arbeiten. Damit muss nun aber Schluss sein, und deswegen: 2. Der öffentliche Dienst muss jetzt zügig krisenfest gemacht werden“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. Dezember 2021 in Berlin fest. Anlass: Die Vorstellung der Studie „Verwaltung in Krisenzeiten #2“, die der dbb als Partner der Agentur Next:Public und der Hertie School of Governance nach 2020 in diesem Jahr zum zweiten Mal begleitet hat.

15.12.2021

dbb Jahrestagung

Ampe-Koalition: Aktionsplan für den öffentlichen Dienst erwartet



„Den blumigen Worten müssen schnell Taten folgen“, sagt dbb Chef Ulrich Silberbach über die Pläne der neuen Bundesregierung für den öffentlichen Dienst.

„Im Koalitionsvertrag steht der ‚moderne Staat‘ ganz am Anfang. Das ist vernünftig, denn ein starker öffentlicher Dienst ist die Grundlage für alle weiteren politischen Vorhaben. Dass sich die Erkenntnis nun auch im Regierungsviertel durchgesetzt hat, verstehen wir als Wertschätzung für die enorme Leistung der Beschäftigten in den letzten Jahren. Ob es um Turbulenzen an den Finanzmärkten ging, die Aufnahme von Geflüchteten oder wie jetzt gerade um eine globale Pandemie: Die Kolleginnen und Kollegen halten den Laden am Laufen – obwohl die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern es ihnen oft nicht leicht machen“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende am 15. Dezember 2021.

17.12.2021

Befragung zur Arbeit während der Corona-Pandemie **Der öffentliche Dienst braucht einen Digital-Booster**

Die Corona-Pandemie hat die Schwächen des öffentlichen Dienstes bei der Digitalisierung deutlich gemacht – und geändert hat sich daran auch nach fast zwei Jahren wenig.

„Der öffentliche Dienst braucht einen Digital-Booster. Und zwar jetzt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 17. Dezember 2021 zur Veröffentlichung der Studie „Verwaltung in Krisenzeiten #2“ der Agentur Next:Public. „Die Ergebnisse zeigen: Die Kolleginnen und Kollegen sind definitiv nicht das Problem, sondern die Strukturen – und teilweise leider auch die Führungskultur. Während die Beschäftigten in nahezu allen Bereichen ohne Ende zusätzliche Arbeit leisten und flexibel auf die neuen Anforderungen reagieren, lassen Prozess-Digitalisierung, technische Ausstattung und auch das Vertrauen der Vorgesetzten doch deutlich zu wünschen übrig.“

03.01.2022

Zahl der Beschäftigten steigt zu langsam **Der öffentliche Dienst braucht eine Einstellungsoffensive**

Erstmals seit 1999 arbeiten wieder fast fünf Millionen Menschen im öffentlichen Dienst. Angesichts der anstehenden Altersabgänge sind das aber immer noch zu wenige, warnt der dbb.

Knapp 4,97 Millionen Beschäftigte arbeiten für Bund, Länder und Gemeinden. So viele waren es zuletzt Ende der 90er-Jahre. „Es war bitter nötig, dass die Trendwende geschafft wurde. Denn trotz der Zuwächse fehlen uns immer noch deutlich über 300.000 Leute“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Veröffentlichung des „Monitor öffentlicher Dienst“ am 3. Januar 2022. „Die Zahl umfasst sowohl unbesetzte Stellen als auch Schätzungen zu notwendigen Neueinstellung für eine adäquate Aufgabenerledigung. Wenn man sich alleine die erweiterten Betreuungsansprüche für Kleinkinder und die wissenschaftlich empfohlenen Betreuungsschlüssel anschaut, erkennt man die Notwendigkeit einer Einstellungsoffensive sofort. Und das ist nur ein Beispiel unter vielen.“



05.01.2022

Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst

Jobzufriedenheit und Wertschätzung stärken, Abwanderung verhindern

Laut dem „Bleibebarmeter“ von Next:Public und Hertie School of Governance können sich 80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorstellen, den Arbeitgeber zu wechseln.

Von einem möglichen Wechsel in die Privatwirtschaft erhoffen sie sich vor allem auf eine bessere Bezahlung, mehr Flexibilität, bessere Ausstattung und Wertschätzung der Arbeit. „Dass sich die Kolleginnen und Kollegen nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen – finanziell und anderweitig – ist ein absolutes No-Go. Wenn die öffentlichen Arbeitgeber nicht riskieren wollen, dass sich neben den demografiebedingten Abgängen auch noch ein Trend zum freiwilligen Wechsel in die Privatwirtschaft herausbildet, müssen sie schnell gegensteuern“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 5. Januar 2022 die Untersuchungsergebnisse. Gemeinsam mit Next:Public hatte der dbb im Frühjahr 2021 zu der Befragung aufgerufen, um ein Stimmungsbild zur Arbeitsplatzzufriedenheit der öffentlich Bediensteten zu gewinnen. Neben Wechselbereitschaft, Zufriedenheit und Weiterempfehlungsrate ging es in der Studie auch um Führungskultur sowie Werte und Ziele der Behörde.

Das „Bleibebarmeter“ hat zwar gezeigt, dass die Mehrheit der öffentlich Bediensteten zufrieden mit ihrer eigenen Arbeit ist, jedoch die Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber deutlich geringer ausfällt. Hierzu tragen verschiedene Aspekte, zum Beispiel eine fehlende Feedbackkultur oder mangelnde Weiterentwicklungsmöglichkeiten, bei. Die Studie zeigt außerdem wie wichtig es ist, die Personalbindung bereits bei der Einstellung anzugehen. Nur die Hälfte der Befragten gab an, dass ihre Einarbeitung gut oder eher gut war. Ähnlich mittelmäßig wird die Feedbackkultur in Behörden bewertet: Lediglich 43 Prozent geben an, dass sie regelmäßig Lob oder Kritik von ihren direkten Vorgesetzten bekommen. Silberbach: „Bund, Länder und Gemeinden sollten massiv und dauerhaft in die Aus- und Fortbildung, vor allem auch ihrer Führungskräfte investieren. Die Führungskultur in Betrieben und Dienststellen muss dringend verbessert werden. Neben den überfälligen Investitionen in technische Ausstattung zeigt uns das Bleibebarmeter, dass auch Investitionen in Personal und Organisationsentwicklung dringend geboten sind. Bei der Bezahlung kann der öffentliche Dienst oft schon nicht mit der Privatwirtschaft konkurrieren. Umso wichtiger, dass wir Mitarbeitendenbindung über positive Führungskultur und Jobzufriedenheit herstellen.“

08.01.2022

Silberbach-Interview mit der Rheinische Post

Digitalisierung der Verwaltung: Zu viel „Kleinklein“

Im Interview mit der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 8.1.2022) hat dbb Chef Ulrich Silberbach eine konsequentere Modernisierung des öffentlichen Dienstes gefordert.

„Der Staat muss mehr Geld und Eifer in die Digitalisierung stecken“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. „Mit dem Online-Zugangsgesetz sollen Bürger künftig 575 Leistungen online



abrufen können. Eine gute Sache. Ich sehe aber nicht, dass das wie geplant bis Jahresende gelingt. Digitalisierung heißt ja mehr als ein PDF herunterladen zu können, das man dann von Hand ausfüllen muss.“ Beim diesem zentralen Zukunftsthema herrsche in Deutschland generell zu viel „Kleinklein“ und zu wenig Koordinierung. Silberbach: „Wir brauchen zentrale Zuständigkeiten statt eines IT-Stabs in jedem Ministerium. Die Fitko, die Föderale IT-Kommission, braucht eigenes Personal und eigene Finanzmittel, um die Digitalisierung zentral durchzusetzen.“

10.01.2022

dbb fordert Investitionen und Innovation **Silberbach: Mehr öffentlichen Dienst wagen!**

Ohne Investitionen und Innovation in den öffentlichen Dienst wird Deutschland existenzielle Zukunftsaufgaben nicht bewältigen, warnt der dbb.

„Digitalisierung, Klimaschutz auch durch ökologische Transformation der Wirtschaft, Bildung, sozialer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Zuwanderung – ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten, leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Auftakt der dbb Jahrestagung am 10. Januar 2022 in Berlin klar.

Der öffentliche Dienst, personell auf Kante genäht und technisch oft im Vorgestern stecken geblieben, befinde sich seit Jahren „quasi im Dauer-Stresstest“. Die Beschäftigten warteten vergeblich auf spürbare Wertschätzung und die Erkenntnis von Arbeitgebern und Dienstherrn, „dass es allerhöchste Zeit ist, nachhaltig in Personal zu investieren und es mit attraktiven Arbeitsbedingungen auch zum Bleiben zu motivieren“, kritisierte der dbb Chef. Zudem betonte er, dass es nicht an den Beschäftigten liege, wenn der Staat in vielen Belangen nicht mehr so funktioniere, wie die Bürgerinnen und Bürger es zu Recht erwarteten. „Wenn man es aus politischer Saumseligkeit und Begeisterung für schwarze Nullen über Jahre versäumt, die Behörden und Verwaltungen krisenfest aufzustellen, darf man sich im Katastrophenfall nicht verwundert den Schlaf aus den Augen reiben“, sagte Silberbach. Er warnte: „So darf es nicht weitergehen.“

17.01.2022

dbb Chef Ulrich Silberbach: **„Eine Impfpflicht ohne Kontrolle wird zum Papiertiger“**

Eine Impfpflicht kann nur mit ausreichend Personal und entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten umgesetzt werden, mahnt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.

„Wenn die Politik eine Impfpflicht beschließt, muss sie dafür sorgen, dass es ausreichend Personal für Kontrollen und Sanktionen gibt. Andernfalls wird der Riss in unserer Gesellschaft noch tiefer“, schreibt Silberbach in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (online am 16. Januar 2022). Im März soll der Deutsche Bundestag über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht entscheiden. Bundeskanzler Olaf Scholz will sie, gibt die Entscheidung aber frei, weil es in der FDP starke Zweifel gibt. Die Ampelkoalition hat also keine sichere eigene Mehrheit.



Da CDU und CSU die Impfpflicht aber vehement fordern, gilt die Zustimmung des Parlaments als sehr wahrscheinlich.

19.01.2022

dbb Chef Silberbach im FAZ-Interview

„Die neue Bundesregierung droht die Bodenhaftung zu verlieren“

Angesichts der ambitionierten Pläne der Ampel-Koalition warnt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach vor eine Überforderung des Staates.

„Wir brauchen eine klare und konsequente Aufgabenkritik“, forderte der dbb Chef im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 19. Januar 2022). „Eigentlich müsste mit jedem neuen Gesetz, das beschlossen wird, ein altes entfallen, damit Spielraum für die neuen Aufgaben entsteht. Deshalb bin ich in Sorge, wenn sich Politik lauter neue, anspruchsvolle Aufgaben vornimmt, ohne sich dieser Frage zu stellen. Politisch auf den Punkt gebracht, ist meine Diagnose: Die neue Bundesregierung droht die Bodenhaftung zu verlieren. Sie verkennt, dass der Staat – so wie er jetzt aufgestellt ist – nicht in der Lage sein wird, das umzusetzen, was sie auf den Weg bringen will.“

26.01.2022

Anteil an Gesamtbeschäftigung deutlich unter Durchschnitt

OECD-Länder: Öffentlicher Dienst in Deutschland altert rapide

Deutschlands öffentlicher Dienst altert rapide, wie ein internationaler Vergleich der OECD zeigt. dbb Chef Ulrich Silberbach mahnt zum Gegensteuern.

Der Anteil der Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Alter zwischen 18 und 34 Jahren in Deutschland ist von 30 Prozent im Jahr 2015 auf 17 Prozent im Jahr 2020 gesunken, wie der Report „Government at a Glance 2021“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausweist. Dies sei der größte Rückgang in der gesamten OECD, heißt es in dem Statistikbericht, der für den gleichen Zeitraum ausweist, dass 19 von 32 OECD-Mitgliedsstaaten den Anteil junger Menschen in ihrem öffentlichen Sektor erhöht haben. Mit Blick auf die Gesamtbeschäftigung rangiert Deutschlands öffentlicher Dienst mit einem Personalanteil von 10,63 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt (17,25 Prozent) und liegt auch im unmittelbaren europäischen Vergleich zurück. Spitzenreiter sind hier die skandinavischen Länder Schweden (28,66 Prozent), Dänemark (27,61 Prozent) und Finnland (24,24 Prozent), auch etwa in Belgien (18,29 Prozent), Polen (17,25 Prozent) und Portugal (14,07 Prozent) kümmern sich im Verhältnis betrachtet mehr Menschen um die Aufgaben des Staates.

31.01.2022

Bundesinnenministerin im Interview

Faerer: Wollen Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein



Im Interview mit dem dbb magazin (Ausgabe Januar/Februar 2022) skizziert Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihre Pläne zur Verwaltungsdigitalisierung.

„Die Modernisierung des Staates und digitale Innovationen haben wir im Koalitionsvertrag bewusst an den Anfang gesetzt. Als Bundesinnenministerium wollen wir Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein. Das bedeutet vor allem, dass Behörden von Bund, Ländern und Kommunen enger und schneller zusammenarbeiten müssen. Mit dem Onlinezugangsgesetz, sicheren digitalen Identitäten auch auf dem Smartphone und der Modernisierung der Registerlandschaft stemmen wir hier große Reformvorhaben. Klar ist aber auch: Digitaler Aufbruch ist ohne mehr und bessere Aus- und Fortbildung in der Verwaltung nicht zu denken. Beides muss aus einer Hand kommen, zum Beispiel an unserer Digitalakademie“, sagte Faeser mit Blick auf ihre Prioritäten bei der Digitalisierung.

11.02.2022

Nachwuchs- und Fachkräftemangel

Öffentlicher Dienst muss sich mehr um junge Menschen bemühen

Angesichts großer Probleme bei der Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst hat dbb Chef Ulrich Silberbach mehr Engagement besonders bei der Nachwuchswerbung gefordert.

„Die Arbeitgebenden müssen mehr tun, um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verbessert werden, darauf weisen wir regelmäßig hin. Aber das alleine reicht nicht. Der Wettbewerb ist heute schon enorm, und das Problem wird sich weiterhin verschärfen. Deshalb muss der Staat auf potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten zugehen und offensiv für sich werben. Sonst wird sich der ohnehin dramatische Personalmangel weiter verschärfen“, sagte Silberbach beim Bundesjugendausschuss der dbb Jugend am 11. Februar 2022. „Ohne größeres Bemühen um die besten Köpfe, bestenfalls schon in den Schulen und Unis, werden wir die anstehenden Herausforderungen wie die Digitalisierung der Verwaltung nicht hinkommen. Dafür müssen auch die Ausbildungsinhalte konsequent modernisiert sowie Fort- und Weiterbildung massiv ausgebaut werden.“

16.02.2022

Innenausschuss

Digitalisierung der Verwaltung: Lange To-do-Liste

Bei der Modernisierung des öffentlichen Dienstes muss die Bunderegierung aufs Tempo drücken, mahnt dbb Vize Friedhelm Schäfer.

„Breitbandausbau, Digitale Identitäten, Künstliche Intelligenz, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes: Das sind nur einige Beispiele für die lange To-Do-Liste der Bunderegierung bei der Digitalisierung der Verwaltung und des gesamten Landes“, sagte Schäfer am 16. Februar 2022 nach einem Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Dunja Kreiser. Die Politikerin ist Mitglied des Innenausschusses und dort als Berichterstatterin der SPD-



Fraktion für die Digitalisierung der Verwaltung zuständig. „Die Erwartungen sowohl der Bevölkerung als auch der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind enorm groß, schließlich wurde dem Thema im Koalitionsvertrag – vollkommen gerechtfertigt – ein enormer Stellenwert beigemessen. Nun müssen zügig konkrete Taten folgen.“

24.02.2022

dbb senioren, dbb frauen und dbb jugend **Generationen-Solidarität stärken - Altersarmut bekämpfen**

Der Generationenvertrag muss neu aufgelegt werden, um soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Das fordern dbb senioren, dbb frauen und dbb jugend.

„Schon heute lebt mehr als ein Fünftel der über 80-jährigen unter der Armutsgrenze. Frauen sind noch stärker betroffen als Männer. Das ist für Deutschland als eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt ein absolutes Armutszeugnis“, mahnte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb senioren, mit Blick auf den diesjährigen Internationalen Tag der sozialen Gerechtigkeit, den die Vereinten Nationen jährlich am 20. Februar ausrufen. Den ersten wichtigen Schritt habe die Politik mit der Schaffung der Grundrente schon gemeistert. Jetzt müssten weitere Maßnahmen folgen. „Die Einführung eines steuerfinanzierten Entgeltes für pflegende Angehörige und eine angemessene Berücksichtigung dieser Zeiten in der Rente bilden einen weiteren Baustein hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit“, so Klitzing.

Das sieht auch dbb frauen Chefin Milanie Kreutz angesichts der hohen Altersarmut unter Frauen als dringend geboten: „Wenn wir über soziale Gerechtigkeit reden, dann führt keine Diskussion an den Frauen vorbei. Nur, wenn wir Gleichstellung in der Familien- und Sozialpolitik priorisieren, werden wir die Schere der sozialen Ungleichheit langfristig schließen können.“ Dafür seien gezielte Entlastungen im Bereich der Kinderbetreuung und Sorgearbeit ebenso geboten wie ein erleichterter Zugang für Mütter zu existenzsichernder Erwerbsarbeit und Führungspositionen. In diesem Zusammenhang kritisierte Kreutz auch die geplante Erhöhung der Verdienstobergrenzen für Minijobs: „Anstatt Zuverdienstmodelle durch die Stärkung des Niedriglohnsektors zu verfestigen, sollte die Bundesregierung alles daransetzen, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die Raum für Familie geben und Müttern auch im Alter ein gutes Auskommen garantieren.“

dbb jugend Chefin Karoline Herrmann wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmenden Schwierigkeiten der nachkommenden Generationen hin, sich für das Alter gut abzusichern. „Die hohen Sozialleistungen, steigende Lebenshaltungskosten und anhaltend niedrige Zinsen machen es jungen Menschen so gut wie unmöglich, ein finanzielles Polster fürs Alter aufzubauen. Vielen bleibt da nur noch die Hoffnung aufs Erbe. Und das steht jedem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit entgegen“, stellte Herrmann heraus. Neben einer Stärkung der gesetzlichen Rente und dem Erhalt der Beamtenversorgung müsse auch die private Vorsorge fürs Alter erleichtert werden. „Insbesondere die betriebliche Alterssicherung, die auch Menschen mit niedrigen Einkommen eine zusätzliche Absicherung fürs Alter ermöglicht, muss gestärkt werden“, so Herrmann.



dbb m-v

20. Januar 2022

Besoldungsanpassung: Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen alternativlos

Die Landesregierung hat mit einem Kabinettsbeschluss die Übertragung des Tarifabschlusses mit den Ländern auf die Besoldung eingeleitet. dbb Landeschef Dietmar Knecht hat weitere Anpassungen gefordert.

In einem ersten Schritt hat die Landesregierung ein Gesetz eine Einmalzahlung in Höhe von 1.300 Euro (650 Euro für Anwärtnerinnen und Anwärtner) für aktive Beamtinnen und Beamte bis zur Besoldungsgruppe B6 auf den Weg gebracht. Ziel ist es, am 1. März 2022 per Abschlag diese Summe zahlbar zu machen. Die Kritik des dbb m-v daran, dass Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nicht berücksichtigt werden, hat die Landesregierung mit einem Verweis auf das gleiche Vorgehen in anderen Ländern zurückgewiesen.

In einem zweiten Gesetzgebungsverfahren will die Landesregierung die lineare Erhöhung in Höhe von 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022 regeln. In diesem Verfahren sollen dann auch zur Abmilderung der Nichtzahlung der 1.300 Euro an die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger weitere anrechenbare versorgungsrelevante Tatbestände geprüft werden. Der dbb hat außerdem darauf hingewiesen, dass in anderen Bundesländern bei der linearen Erhöhung kein Abzug für die Versorgungsrücklage vorgenommen werden soll, was der Finanzminister nun auch für Mecklenburg-Vorpommern wohlwollend prüfen will.

Unter Verweis auf die von einigen Ländern praktizierte Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-, Strafvollzugs- und Feuerwehrezulage wurde ebenfalls eine ernsthafte Prüfung angekündigt. „Mit der Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf der dbb Jahrestagung am 10. Januar, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Bundespolizei einzuführen, wird die Einführung auch in Mecklenburg-Vorpommern alternativlos“, betonte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. Alle Zulagen sollen zudem weiterhin dynamisiert werden.

„Als Fazit kann festgestellt werden, dass das Land entsprechend seinen Zusagen weiterhin bemüht ist, sowohl für Nachwuchskräfte interessant als auch für die Beamtenschaft motivierend zu werden“, so der dbb Landeschef.

27. Januar 2022

Öffentlicher Dienst: Gesellschaftliche Aufgabenkritik angemahnt

Der dbb m-v hat eine breit geführte gesellschaftliche Debatte über Art und Umfang staatlicher Aufgaben angeregt.

„Wir müssten beispielsweise definieren, was die öffentliche Verwaltung künftig aus Sicht der Landespolitik, der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger mit einem weiter schwindenden Personalkörper leisten soll beziehungsweise zu leisten in der Lage ist“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 21. Januar 2022 – gerade vor dem Hintergrund der Durchsetzung pandemiebedingter Vorgaben. Es könne nicht im Sinne einer Rechtssetzung und deren schlussendlicher Durchsetzung sein, dass Einzelhändler, Hoteliers, Verkehrsdienstleister



oder Gastronomen die Überprüfung beispielsweise der 3G-, 2G- oder 2G+-Regeln ihrer eigenen Kunden übernehmen, ohne monetär etwas davon zu haben. Zum Teil würden sogar hohe Strafen drohen, wenn den Betroffenen Fehler nachgewiesen würden. „Wie lange sollen oder wollen also ‚Dritte‘ auf eigenes Risiko noch staatliche Aufgaben übernehmen, weil der Staat davon ausgeht, dass sie für ihn Beliehene sind? Beliehene – ein bekanntes Beispiel ist der TÜV – sind in der Regel mit einer geregelten Befugnis ausgestattet und erhalten für ihre Kontrollbefugnisse Entschädigungen, was bei einem Frisör oder Einzelhändler nicht der Fall sein dürfte“, so Knecht.

Gleiches gelte für Arbeitgeber, die man wie selbstverständlich ebenfalls verpflichtet habe, die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes in Bezug auf 3G in Betrieben umzusetzen. Ähnliches treffe für Apotheken zu, die Impfpässe für das Ausstellen eines EU-weit gültigen Impfzertifikats prüfen, auch das sei nach Meinung des dbb m-v eine hoheitliche Aufgabe, die demzufolge von Bediensteten der öffentlichen Hand zu übernehmen wäre. Natürlich sei es allein aus demografischen Gründen utopisch, für dies alles mehr Personal zu fordern beziehungsweise vorzuhalten. Bereits vor Corona hätte die öffentliche Verwaltung zu wenig Personal an Bord gehabt. Die Krise habe aber allen vor Augen geführt, wie fragil die öffentliche Daseinsvorsorge an manchen Stellen sei. Insbesondere gelte das für die Durch- und Umsetzung gesetzlicher Vorgaben.

„Mit Blick auf eine mögliche Impfpflicht sei deshalb die Frage gestattet, wie, mit wem und mit welchem kalkulierten Personaleinsatz ein solches Gesetz durchsetzbar wird, ohne dass es zu Lasten der öffentlichen Hand, der Wirtschaft oder von Unternehmen unseres Landes geht“, so Knecht abschließend. „Wenn wir uns alle einer Aufgabenkritik dazu nicht stellen, droht ein weiterer enormer Vertrauensverlust in den Staat. Ich wiederhole an dieser Stelle gern meine Ansicht vergangener Jahre: Ein Gesetzgeber sollte keine Gesetze erlassen, bei denen von vornherein klar ist, dass er sie nicht durchsetzen kann. Das zeigt eher die Ohnmacht des Staates!“

DSTG

03.02.2022

Eigenthaler: Betriebsprüfungen wichtiger denn je

Bei einem Meinungsaustausch mit Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel hat der DSTG Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Betriebsprüfung betont: „Wir brauchen beides: einen gut aufgestellten Innendienst und eine modern und gut aufgestellte Betriebsprüfung.“

Eigenthaler machte deutlich, dass die Betriebsprüfung in ihrer rund 100-jährigen Geschichte heute wichtiger sei denn je. Die Komplexität des Unternehmenssteuerrechts, die

Internationalisierung und die Digitalisierung seien Faktoren, die immer höhere Ansprüche an die Prüfungen und die Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer stellten. Die DSTG warne daher davor, die Steuergerechtigkeit durch statistische Schönfärberei etwa bei Betriebsprüfungsgrößenklassen auf den Kopf zu stellen.



Eine klare Absage erteilte der DSTG-Chef den seit einiger Zeit in der Politik diskutierten Überlegungen, die steuerlichen Verjährungsfristen für Unternehmen abzukürzen. Konkret bezog er sich auf „Gerüchte“, dass die sogenannte Ablaufhemmung (§ 171 Abs. 4 AO) zur Disposition gestellt werden solle. „Betriebsprüfungen kann man nicht durch neue Paragraphen schneller machen, sondern nur durch mehr Prüfpersonal und eine gute IT“, stellte Eigenthaler klar. Eine Verkürzung der Verjährung mit der Folge, dass steuerliche Mehrergebnisse nicht mehr realisiert werden könnten, erteilte er eine klare Absage und bat den Senator um dessen politische Unterstützung. „Es geht um Steuergerechtigkeit – und deshalb werden wir einer Verkürzung der Verjährung mit allen Mitteln entgegentreten“, so der DSTG Chef.

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung bilanzierte Eigenthaler: „Vieles begrüßen wir, manches bleibt naturgemäß noch vage.“ Positiv hervorzuheben sei die geplante Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen, aber auch Pläne für Länderoptionen bei der Grunderwerbsteuer. „Der Staat muss mehr tun, damit sich Familien schneller ein Eigenheim leisten können“, forderte Eigenthaler. Schon gar nicht dürfe man deren mühsam angespartes Eigenkapital durch die Grunderwerbsteuer wegbesteuern. Zudem begrüße die DSTG in hohem Maße das Bekenntnis zur verstärkten Bekämpfung von Steuerhinterziehung, von Steuerflucht und von Geldwäsche. „Hier hat die Ampel uns klar an ihrer Seite“, so der DSTG Bundesvorsitzende.

24.02.2022

Abgabefreiheit von Corona-Prämien: Längere Auszahlungsfrist gefordert

Am 17. Februar 2022 hat sich der DSTG Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler zu einem ersten Meinungsaustausch mit dem neuen finanzpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Markus Herbrand getroffen.

Mit Blick auf die Abgabefreiheit von Corona-Prämien warb Eigenthaler nachdrücklich für eine Verlängerung der Auszahlungsfrist bis 31. Dezember 2022 und angesichts der langen Dauer der Pandemie auch für eine Erhöhung des steuerfreien Betrages.

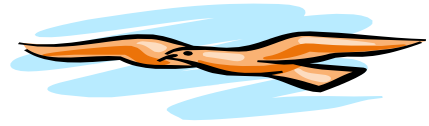
Zum Thema „Vollverzinsung im Steuerrecht“ muss nach einer klaren Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts bis spätestens 31. Juli 2022 eine neue Regelung gefunden werden. Eigenthaler sprach sich gegen eine völlige Abschaffung der Verzinsung aus. Der Fiskus dürfe gerade in Betriebsprüfungs-Fällen kein Kreditgeber ohne jede Sicherheit und ohne jedes Preisschild sein, fasste Eigenthaler seine Bedenken gegenüber einem „Zins Null“ zusammen. Zudem sei eine rückwirkende Nullverzinsung von Erstattungen rechtlich problematisch. Flexible Zinssysteme – anknüpfend an EZB-Basiszinsen – seien wiederum in der Praxis schwer nachvollziehbar. Er werbe daher für einen fixen Zinsfuß für alle steuerlichen Verzinsungsarten auf einem niedrigeren Niveau als bisher.

Kritisch äußerte sich der DSTG-Bundesvorsitzende zu Überlegungen, Betriebsprüfungen (BP) durch Änderungen der Abgabenordnung „schneller“ zu erledigen. „Wer eine schnellere BP möchte, erreicht dies nicht durch eine Änderung von Paragraphen, sondern muss in erster Linie mehr Prüfer einsetzen“, bilanzierte Eigenthaler.



DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



Landverband Mecklenburg-Vorpommern



Treffsicher!

R.H. Rohling '96

Mit freundlicher Genehmigung der BAYER AG Leverkusen



„Wellenbrecher“



Gewerkschaftsveranstaltung des Ortsverbandes Pasewalk am 24.11.2021

Nachdem wir im letzten Jahr unsere Festveranstaltung zum 30-jährigen Bestehen unseres Ortsverbandes Corona bedingt absagen mussten, konnten wir in diesem Jahr diesen Höhepunkt im Gewerkschaftsleben unseres Ortsverbandes am 24.11.2021 in Plöwen in „Nöni's Kneipe“ nachholen.



13 Ortsverbandsmitglieder folgten der Einladung des Ortsvorstandes und trafen sich um 16:00 Uhr vor Ort. Nach der Begrüßung durch die Ortsverbandsvorsitzende, Marion Kleinow, begann ein gemütliches Beisammensein gemeinsam mit unseren Senioren.

In weihnachtlichem Ambiente wurde uns dann ein 5-Gänge-Menü serviert, welches hervorragend zu

unserem festlichen Anlass passte.

Nach der Überreichung kleiner Präsente für jeden genossen wir den sehr schönen Abend, um uns auszutauschen. Wir haben auch viel gelacht, was jedem, besonders in der gegenwärtigen Situation mit viel Sorge um die Gesundheit der Familie, den Freunden und Bekannten und natürlich auch den Kollegen, guttat.

Eine sich anschließende Likörverkostung rundete den Abend ab.

Da es allen sehr gut gefallen hat und die verkosteten Liköre





lecker waren, nahm der eine oder andere gleich ein Fläschchen als Mitbringsel mit nach Hause.

So verging der Nachmittag wie im Fluge. Von allen Teilnehmern wurde zum Ausdruck gebracht, dass diese Veranstaltung wieder ein guter Beitrag war, um das Gewerkschaftsleben vor Ort mit Leben zu erfüllen.

Der Ortsvorstand möchte sich

bei allen Mitgliedern bedanken, die durch ihre Teilnahme an der Veranstaltung unser Ortsgewerkschaftsleben aktiv mitgestalten und unterstützen.



M. Kleinow

Marion Kleinow
Ortsverbandsvorsitzende



Buchvorstellung

„DIE LAUTLOSE EROBERUNG“

Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet

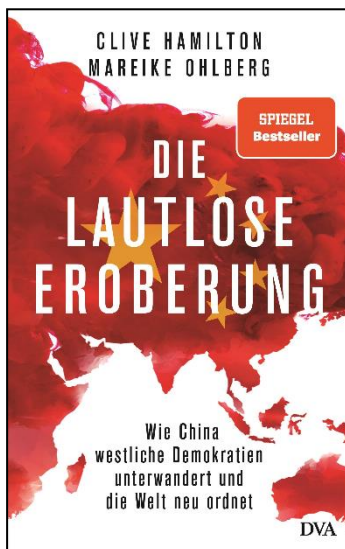
Clive Hamilton und Mareike Ohlberg

Verlag DAV

Quelle: Internet

»Das Buch ist ein Muss für all jene, die besorgt sind um die nationale Sicherheit und die Integrität der Institutionen«

Gefährlicher Rivale statt unverzichtbarer Partner: Mit welchen Strategien China die Welt erobert



Chinas Aufstieg zur Weltmacht ist unaufhaltsam. Lange erwartete man, dass sich das Land mit zunehmendem Wohlstand demokratisieren würde. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Kommunistische Partei Chinas will sich mit allen Mitteln an der Macht halten. Dafür werden Wirtschaft und Gesellschaft im eigenen Land auf Linie gebracht und ein weitreichendes Programm wurde entwickelt, mit dem China die westlichen Demokratien unterwandert und eine neue Weltordnung etablieren will. Dabei setzt es nicht nur seine Wirtschaftsmacht als Waffe ein, sondern die gesamte Bandbreite seiner Politik. Wie vielfältig der chinesische Einfluss auch bei uns bereits ist, enthüllen die beiden Autoren an zahlreichen Beispielen – ein Anstoß zu einer dringend notwendigen Debatte: Wie soll Deutschland, wie Europa mit der neuen Weltmacht China umgehen?

Clive Hamilton ist Professor für Öffentliche Ethik an der Universität von Canberra und Autor zahlreicher Bücher. Drei Verlage lehnten es aus Angst vor chinesischen Repressionen ab, sein Buch „Silent Invasion. China’s Influence in Australia“ zu veröffentlichen. Nach Erscheinen wurde das Buch zum Bestseller, der die Politik Australiens gegenüber China veränderte und Hamilton zum weltweit gefragten Experten für Chinas außenpolitische Ambitionen und Strategien machte.

Mareike Ohlberg ist Senior Fellow im Asien-Programm des German Marshall Fund. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin. Nach dem Studium der Ostasienwissenschaften an der Universität Heidelberg und der Columbia University promovierte Ohlberg über Chinas Außenpropaganda nach 1978. Ohlberg ist eine der profiliertesten deutschsprachigen Chinaexpertinnen, zu ihren Forschungsthemen hält sie zahlreiche Vorträge und veröffentlicht neben Fachartikeln u.a. auch in der New York Times, Foreign Policy, der Wirtschaftswoche und der Neuen Zürcher Zeitung.

Stephan Gebauer, geboren 1963 in Bonn, arbeitet seit mehr als zwanzig Jahren als Übersetzer für verschiedene Verlage, darunter C.H. Beck, DVA, Klett-Cotta, Rowohlt, Suhrkamp und Ullstein. Zu den von ihm übersetzten Autoren zählen Carl Bernstein, Bill Clinton, Hillary Clinton, Peter Drucker, Niall Ferguson, Garri Kasparow und Joseph Stiglitz.





Das junge Girokonto¹

So leicht kann Banking sein.

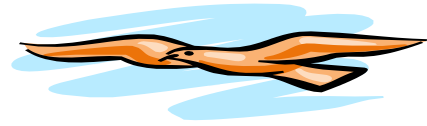
- ✓ **Kostenfrei²**
bis zu einem Guthaben von 25.000,- Euro und Ausgabe einer kostenlosen girocard⁴
- ✓ **BBBank Banking-App**
Apple Pay, Multibanking-Funktion, Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei³**
Geld abheben mit der kostenfreien Visa DirectCard³ (Ausgabe einer Debitkarte)

150,-^{Euro}
Jubiläumsprämie⁴

 **Jetzt informieren**
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/dbb

¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²Für das Junge Konto wird für die Verwahrung von Einlagen oberhalb des Freibetrages ein Verwahrtgelt von 0,5 % p. a. erhoben. Der Freibetrag beträgt 25.000,- Euro und wird in Prozent taggenau auf das den Freibetrag übersteigende Guthaben berechnet. ³56 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a.; Voraussetzung: BBBank-Junges Konto. ⁴Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus in Höhe von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für dbb-Mitglieder und Ihre Angehörigen in Höhe von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.03.2022, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Voraussetzungen für das Startguthaben: BBBank-Junges Konto; Genossenschaftsanteil 15,- Euro/Berechtigter Personenkreis Mitglieder des dbb und ihre Angehörigen. Die Auszahlung erfolgt in 2 getrennten Buchungen und kann bis zu 4 Wochen dauern.





Vorteile auf einen Blick



- ✓ **Kostenfrei²**
bis zu einem Guthaben von 25.000,- Euro und Ausgabe einer girocard³. Gültig für alle bis 27 Jahre – egal ob Student, Azubis, Anwärter oder bereits beschäftigt!
- ✓ **36-mal weltweit gebührenfrei Geld abheben⁴**
mit der kostenlosen Visa DirectCard⁴ (Ausgabe einer Debitkarte)
- ✓ **Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten**
In wenigen Minuten alle Zahlungspartner über die neue Kontoverbindung informieren: www.bbbank.de/kontowechsel
- ✓ **Banking-App**
Mit Foto-Überweisung, digitalem Bezahlen, Geld senden und anfordern (Kwitt), Filial-/Geldautomatenfinder und mehr: www.bbbank.de/app
- ✓ **100 Jahre Erfahrung**
Wir vereinen Tradition mit Fortschritt und verbinden alle Vorteile einer Direktbank mit den Leistungen und der persönlichen Nähe einer Filialbank.
- ✓ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
Günstige Konditionen, besondere Angebote und kompetente Fachberater speziell für unsere Kunden aus dem öffentlichen Dienst.



Einfach online abschließen:
www.bbbank.de/dbb



Oder Termin vereinbaren:
www.bbbank.de/termin

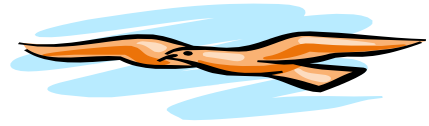


¹Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus in Höhe von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen in Höhe von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.03.2022, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Voraussetzungen für das Startguthaben: BBBank-Junges Konto; Genossenschaftsanteil 15,- Euro/Berechtigter Personenkreis Mitglieder des dbb und ihre Angehörigen. Die Auszahlung erfolgt in 2 getrennten Buchungen und kann bis zu 4 Wochen dauern. ²Für das Junge Konto wird für die Verwahrung von Einlagen oberhalb des Freibetrages ein Verwahrtgelt von 0,5 % p. a. erhoben. Der Freibetrag beträgt 25.000,- Euro und wird in Prozent taggenau auf das den Freibetrag übersteigende Guthaben berechnet. ³Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt I, H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ⁴36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; Jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a.; Voraussetzung: BBBank-Junges Konto.

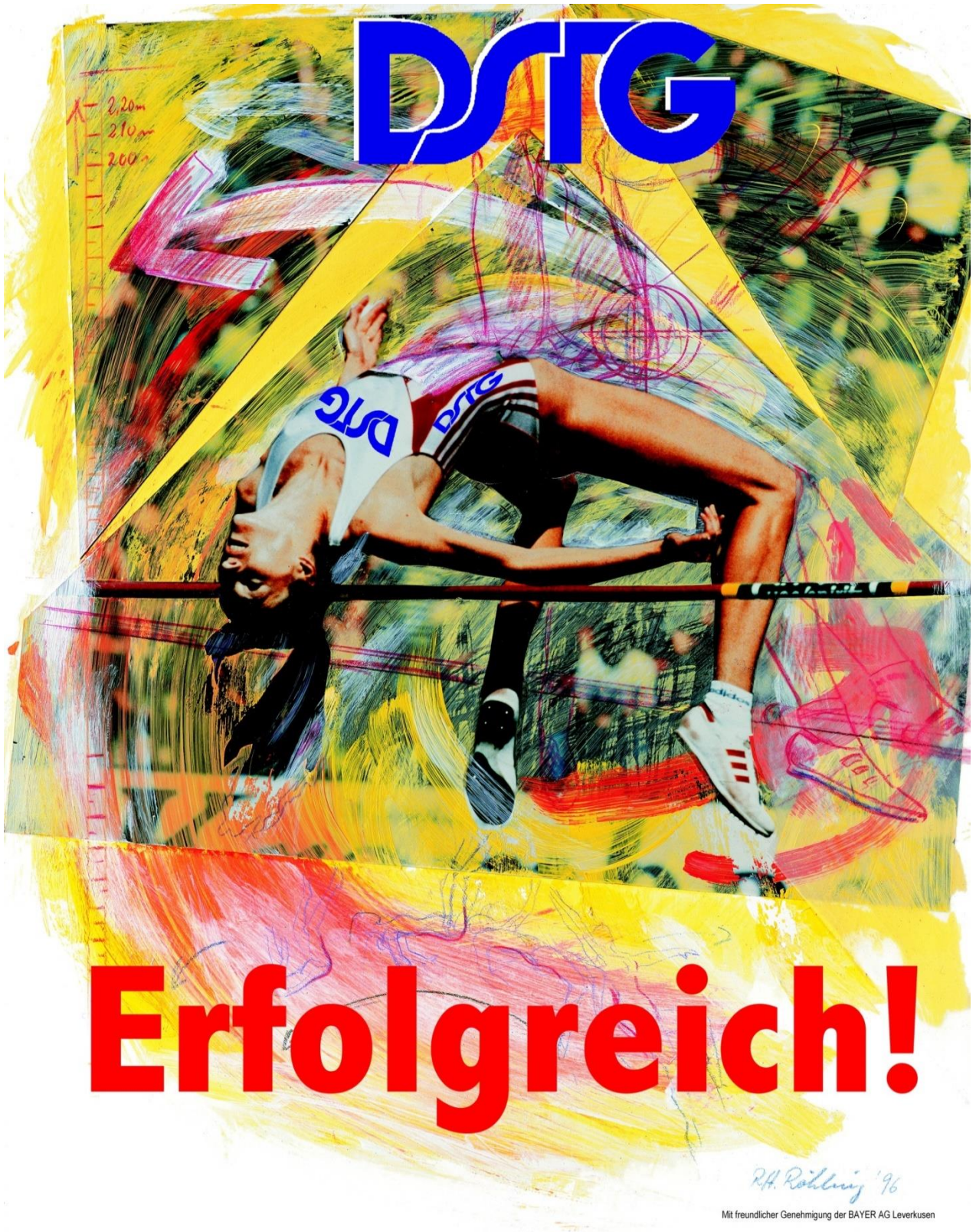


DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



Landverband Mecklenburg-Vorpommern



„Wellenbrecher“

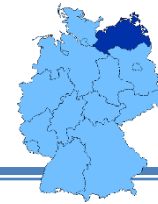




UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

Tauschcke (Startseite)



StS'in (A 6) aus Thüringen (FA Pößneck) sucht ganz dringend einen Tauschpartner aus folgenden FÄ: S-H: Lübeck, Ratzeburg, Stormarn, Bad Segeberg, Plön, Ostholstein; HH: alle; NS: Winsen, Buchholz, Lüneburg oder **M-V: Wismar, Rostock, Schwerin, Hagenow.**

Tel. 0178 / 132 88 33

StS (A 6) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus M-V. Bevorzugte FÄ: **Wismar, Schwerin, Rostock und Neubrandenburg RIA ASt. Schwerin.** Versetzungsantrag wurde gestellt.

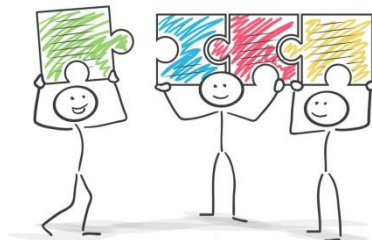
Tel. 0162 / 408 73 44

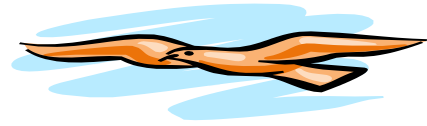
StS'in (A 6) aus Hamburg sucht dringend aus persönlichen als auch familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus M-V. Vorzugsweise FA **Schwerin.** Versetzungs-antrag ist gestellt.

Tel. 0173 / 975 29 09

StOS'in (A 7) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus M-V. Bevorzugte FÄ: **Güstrow, Rostock, Malchin, Wismar, Ribnitz-Damgarten, Greifswald, Stralsund.** Versetzungsantrag wurde gestellt.

Tel. 0176 / 842 568 24





UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

Tauschcke (Fortsetzung – Teil 1)



StOS (A7) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner aus M-V. Bevorzugte FÄ: **Rostock, Ribnitz-Damgarten, Güstrow**. Ringtausch möglich.

Tel. 0173 / 699 37 94

StHSin (A8) aus Berlin (FA Friedrichshain-Kreuzberg) sucht dringend aus persönlichen Gründen eine/n Tausch-partner/in aus M-V. Bevorzugte FÄ: **Stralsund, Greifswald, Ribnitz-Damgarten und Rostock**.

E-Mail: utehaeger@gmail.com

StHSin (A8) aus Niedersachsen (FA Syke) sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus M-V (**FA Schwerin**). Versetzungsantrag ist gestellt.

Tel. 01520 / 175 48 11

StI (A9) aus Baden-Württemberg sucht aus familiären Gründen Tausch-partner/in aus Niedersachsen bzw. den angrenzenden Bundesländern.

tauschpartner-DSTG@gmx.de

StHS (A8) aus Schleswig-Holstein (FA Dithmarschen) sucht eine/n Tausch-partner/in aus M-V. Bevorzugte FÄ: **Neubrandenburg, Waren**. Versetzungsantrag wurde gestellt.

Tel. 01577 7804109

StI'in (A9) aus Schleswig-Holstein sucht Tauschpartner/in aus M-V (bevorzugt FÄ **Güstrow, Rostock und Wismar**). Versetzungsantrag ist gestellt.

Tel. 01522 / 402 6749





UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

Tauschcke (Fortsetzung – Teil 2)



StI'in (A9) aus Berlin sucht dringend aus persönlichen Gründen eine/n Tausch-partner/in aus **M-V**.
Bevorzugte FÄ: **Ribnitz-Damgarten, Rostock, Stralsund, Greifswald, Güstrow und Neubrandenburg**.
Versetzungsantrag wurde gestellt.

Tel. 0162 / 98 68 300

StI'in (A9) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner(in) aus **Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern**.

E-Mail: rengersarah97@aol.de

StI'in (A9) aus Berlin sucht dringend aus persönlichen Gründen eine/n Tauschpartner/in aus **M-V**.
Bevorzugte FÄ: **Ribnitz-Damgarten, Rostock, Stralsund, Greifswald, Güstrow und Neubrandenburg**.
Versetzungsantrag wurde gestellt.

Tel. 0162 / 320 40 13

StOI (A10) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus **M-V**. Bevorzugte FÄ: **Güstrow, Rostock, Malchin, Wismar, Ribnitz-Damgarten, Greifswald, Stralsund**. Versetzungsantrag wurde gestellt.

Tel. 0176 / 842 568 21

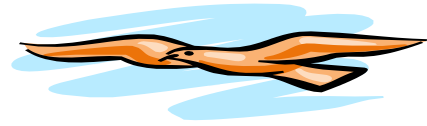
StOI (A10) aus Thüringen sucht Tauschpartner(in) aus **M-V**. Versetzungsantrag ist gestellt.

Tel. 0172 / 655 8624

StOAR'in (A13) aus Berlin sucht Tauschpartner/in aus **M-V** (bevorzugt **FA Neubrandenburg oder FA Waren**). Versetzungsantrag wurde noch nicht gestellt. Ringtausch möglich.

Tel. 0178 / 845 0026





UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM



- INFO'S -



Beiträge für unseren „WELLENBRECHER“
können an die E-Mail vorsitzdstgmvp@gmx.de gesendet werden.



**„Ein Lächeln
ist die kürzeste Entfernung zwischen Menschen.“**

(Victor Borge)

Einträge / Korrekturen für die Rubrik „UNSERE PINNWAND“
können an die E-Mail-Adresse dstg.mv@gmx.de gemailt werden.



UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

Stärkung der Gemeinschaft! DSTG M-V = Du + Sie = WIR!

***** Mitglieder werben Kolleginnen und Kollegen *****

Du bist / Sie sind Mitglied der DSTG LV Mecklenburg-Vorpommern (e.V.), einer verantwortungsbewussten und der stärksten Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern!

Deine / Ihre Kolleginnen und Kollegen sind es noch nicht?

So überzeuge Du / überzeugen Sie sie von den zahlreichen Vorteilen eines DSTG-Mitgliedes und den Leistungen einer Solidargemeinschaft!

Als Dankeschön für Deine / Ihre Empfehlung gibt es von uns 15 € auf Dein / Ihr Konto.

Einfach den abgedruckten Aufnahme-antrag gemeinsam ausfüllen und diesen bei Deinem / Ihrem Ortsverband abgeben. Von dort erfolgt dann die Weitergabe an die Landesverbandsleitung.



Quelle: www.dstg.de

DSTG Bund - Mitgliederwerbeaktion 2022

Wer in diesem Jahr mindestens 5 neue DSTG-Mitglieder wirbt, hat die Chance auf eine von 60 Prämien à 100 €. Im Frühjahr 2023 werden aus der Lostrommel mit den Namen aller, die im Jahr 2022 mindestens 5 neue Mitglieder geworben haben, die 60 Gewinner gezogen. Wir bedanken uns für Ihren Einsatz und wünschen Ihnen Erfolg!

(Quelle: DSTG-Magazin 01-02/2022)



UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

WIR -

die



DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

stehen für:



GEMEINSAM

Antworten für die Zukunft zu finden!

UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

- In eigener Sache -

Werte Mitglieder,

wir bitten Sie Ihre / Euch Eure persönlichen Daten gegenüber dem Orts- und Landesverbandsvorstand **aktuell zuhalten**. Für die Mitteilung einer Änderung Ihrer/Eurer Stammdaten, wie Nachname, Adresse, Bankverbindung (IBAN/BIC), Entgelt- oder Besoldungsgruppe, Voll- oder Teilzeit, Elternzeit, Ruhestand, Abschluss der Ausbildung/des Studiums verwenden Sie/Ihr bitte den **ÄNDERUNGSANTRAG** (beidseitig) der DSTG LV M-V (e.V.), vgl. Abdruck in dieser Ausgabe bzw. als abgesichertes Online-Formular auf unser Homepage www.dstg-mv.de.

VIELEN DANK FÜR IHRE / EURE UNTERSTÜTZUNG!

Sie können / Ihr könnt uns auch ganz einfach Ihre / Eure Dokumente

mit FTAPI @ sicher und verschlüsselt zusenden.

Vorab müssen Sie/ müsst Ihr nur über **unsere neue E-Mail-Adresse: dstg.mv@mailbox.org**

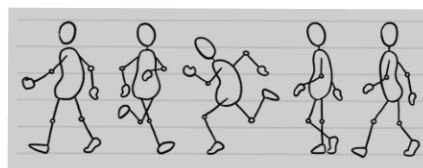
einen entsprechenden LINK bei uns erbeten / anfordern.

Im nachstehenden Beispiel hat das Mitglied bzw. der Interessent mit seiner E-Mail-Adresse dstg.mv@gmx.de den o.g. LINK bei dstg.mv@mailbox.org angefordert und kann nun über den Button [Dateien Uploaden] den Versand einer vollständig verschlüsselten Nachricht mit dem Anhang von einer oder/und mehreren Datei(en) starten.

Von: Kreuzer Ticketsystem [ticket@ksdat.de]
An: dstg.mv@gmx.de
Cc:
Betreff: KSDAT.DE: Submit-Ticket erstellt

Guten Tag dstg.mv@gmx.de,
es wurde ein Submit-Ticket für Sie für die Submitbox: dstg_mv bereitgestellt.
Bitte klicken Sie auf diesen Button, um direkt mit dem sicheren Upload Ihrer Dateien zu beginnen.
Vielen Dank, dass Sie FTAPI SecuTransfer für den Versand Ihrer Dateien verwenden.

[Dateien Uploaden](#)





Quelle: AT

Eine Welt! Unser Planet!



Quelle: AT



UNSERE PINNWAND

Antje Timm, Stellv. Vors./SM

- In eigener Sache -

Schutz und die Sicherheit der persönlichen Daten unserer Mitglieder sind uns von der

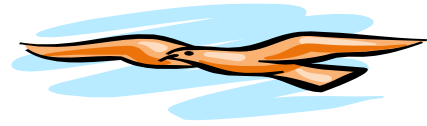


sehr wichtig. Deswegen waren und sind die Standards der jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen für uns verpflichtend. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind ab dem 25. Mai 2018 die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) * neu.

Zur Erfüllung der Mitgliedschaft unserer Mitglieder verarbeiten wir deren personenbezogene Daten, d.h. deren persönliche Daten und Abrechnungsdaten. Dabei werden diese durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.

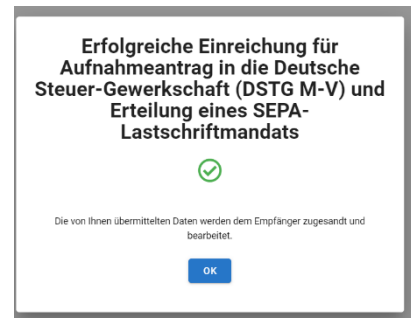
Unsere Homepage www.dstg-mv.de hat eine Anpassung an die technischen Standards erfahren. Mit dem Wiederstart im Juli 2021 informiert die dortige Datenschutzerklärung ebenso über Näheres. Die Vordrucke – AUFNAHMEANTRAG und ÄNDERUNGSANTRAG – wurden aktualisiert. Im Weiteren erfolgt der Verweis auf die dort beigefügten Datenschutzinformationen.





Unsere aktualisierte Homepage www.dstg-mv.de hat nunmehr auch eine einfache, aber sichere und verschlüsselte Kommunikation über die 2 Online-Formulare in **FTAPI @ SecuForm**

ONLINE-BEITRITT



und

ÄNDERUNGSMITTEILUNG.



🏠 | [Mitgliedschaft](#) | [Änderungsmitteilung](#)

Änderungsmitteilung

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Änderungsantrag an die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG M-V) und Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Änderungsantrag an die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG M-V) und Erteilung eines (neuen) SEPA-Lastschriftmandats gegenüber der Gläubiger-IdNr.: DE03MV100000070143.

Die von Ihnen übermittelten Daten werden dem Empfänger zugesandt und bearbeitet.

Zu **FTAPI @** ist die in M-V ansässige Firma unser IT-Partner.



(Quelle: www.kreutzerloesungen.de)



Guter Rat der

verbraucherzentrale *Mecklenburg-Vorpommern*

Pressemitteilung: 03 / 2022

Was sind eigentlich „Abnehm-Spaghetti“?

Verbraucherzentrale M-V e.V. informiert über Konjak-Nudeln

Zum Anfang eines jeden Jahres sind die Vorsätze oft groß - gesünder leben, mehr Sport machen, das Körpergewicht reduzieren. Da kommt das Angebot an sogenannten „Abnehm-Nudeln“ gerade recht.

Was sind Konjak-Nudeln?

„Konjak-Nudeln“ werden aus der Konjakwurzel, die Knolle der Teufelszunge, hergestellt. Sie stammt aus dem asiatischen Raum. Für die Herstellung der Nudeln wird die Wurzel getrocknet und dann zu Mehl verarbeitet. Die Konjakwurzel enthält den Ballaststoff Glucomannan, den der Körper nicht verwerten kann. Dadurch, dass die Nudeln fast nur aus Ballaststoffen (Glucomannan) und Wasser (> 90 % im verzehrfertigen Zustand) bestehen, sind sie sehr energiearm und enthalten kaum Nährstoffe.

Wie wirkt der Ballaststoff im Körper?

Glucomannan kann die 50-fache Menge seiner eigenen Masse an Wasser aufnehmen. Durch das Aufquellen im Magen machen die Nudeln länger satt. „Das kann dabei helfen, weniger zu essen. Um sein Gewicht dauerhaft zu reduzieren, reicht der Verzehr von „Konjak-Nudeln“ jedoch nicht aus. Ausschlaggebend für die Gewichtsreduktion ist die gesamte Ernährung und nicht nur ein einzelnes Lebensmittel“, sagt Antje Degner vom Fachbereich Lebensmittel und Ernährung der Verbraucherzentrale M-V.

Welche gesundheitlichen und rechtlichen Vorschriften gelten für Glucomannan?

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat zwei Health Claims, sogenannte Gesundheitsversprechen, für Glucomannan bewertet: Angaben zur Gewichtsreduktion und zum Erhalt eines normalen Cholesterinspiegels sind erlaubt. Ein Hinweis auf Erstickungsgefahr bei unzureichender Flüssigkeitsaufnahme oder bei Schluckbeschwerden zählt auch zu den EFSA Vorgaben.

Fazit

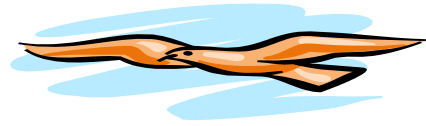
Bei „Konjak-Nudeln“ handelt es sich um ein Produkt aus Wasser und Ballaststoff. Aufgrund seiner Nährstoffarmut bringt es keinen großen Gewinn für die Ernährung. Die Zubereitungs- und Warnhinweise sollten unbedingt beachtet werden.

Wer dauerhaft Gewicht reduzieren möchte, sollte seine Ernährung umstellen. Empfehlenswerte Lebensmittel sind Gemüse, Hülsenfrüchte und Obst, aber auch Vollkornprodukte, fettarmer Fisch und Fleisch und kalorienfreie Getränke, wie Wasser oder ungesüßter Tee. Damit kann man nicht nur abnehmen, sondern schont auch sein Portmonee. Denn mit rund 3,30 Euro für 200 Gramm gekochte „Abnehm-Nudeln“ sind diese ziemlich teuer.

Für weitere Informationen:

Antje Degner, Fachbereich Lebensmittel und Ernährung





Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft in der DStG

Als Mitglied in der Deutschen Steuergewerkschaft...

- ✓ ...werden Ihre/Deine/Eure **Interessen** von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft des Deutschen Beamtenbundes mit 1,2 Millionen Mitgliedern **wirksam vertreten**.
- ✓ ...können Sie **selbst** im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen **Ihren Teil** an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes **beitragen**.
- ✓ ...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens **informiert**.
- ✓ ...ist Ihnen **Unterstützung** in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.
- ✓ ...genießen Sie **Rechtsschutz** in beruflichen Rechtsstreitigkeiten.
- ✓ ...stehen Ihnen viele **Vorteilsangebote** (dbb-Vorteilswelt) starker Partner offen.
- ✓ ...können Sie auf das breitgefächerte **Schulungsangebot** der dbb akademie zurückgreifen.





DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Mitglieds-Nr.: _____

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
c/o Herrn Frank Höhne
Grasnelkenweg 7
18184 Kösterbeck
Deutschland

Gläubiger-IdNr.: DE03MV100000070143

Ich wurde geworben von:

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Aufnahmeantrag, Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name, Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Straße, Nr.: _____

Postleitzahl, Ort: _____

E-Mail privat: _____ Ortsverband: _____

DSTG-Zeitschrift „Wellenbrecher“ Print digital

Besoldungs- oder Entgeltgruppe: _____ Teilzeit _____ %

Steueranwärter/in Finanzanwärter/in Rentner/in Pensionär/in
09/20 _____ 10/20 _____

**Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) –
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (e.V.) – ab dem _____.____.20____.**

Die auf der Folge- bzw. Rückseite abgedruckten Datenschutzinformationen habe ich gelesen
und zur Kenntnis genommen.

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern widerruflich, Zahlungen,
wie den satzungsgemäß festgelegten Gewerkschaftsbeitrag, ab Fälligkeit von meinem Konto
wiederkehrend mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an,
von der DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern auf mein Konto gezogenen
Lastschriften einzulösen. Ich trete hiermit unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerspruchs mein(e)
Gehalt/Besoldung bis zur Höhe des jeweiligen Mitgliedsbeitrages an die DSTG Landes-
verband Mecklenburg-Vorpommern ab. Fällt der Termin auf ein Wochenende oder einen Feiertag,
wird am ersten darauf folgenden Werktag abgebucht.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die
Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut
vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basislastschrift wird mich
die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern über den Einzug in dieser Verfahrensart
unterrichten.

Name, Vorname (Kontoinhaber, falls abweichend): _____

Anschrift (falls abweichend): _____

Kreditinstitut: _____

IBAN: _____ BIC: _____

Mandatsreferenz: WIRD SEPARAT MITGETEILT

Kto.-Inh.: Ort / Datum _____ Unterschrift: _____

Mitglied: Ort / Datum _____ Unterschrift: _____



Datenschutzinformation nach Art. 13 Abs. 1 und 2 DSGVO

1. Verantwortliche Person/en und Datenschutzbeauftragte(r)

Für die Einhaltung des Datenschutzes im Rahmen der nachfolgend beschriebenen Verarbeitung personenbezogener Daten durch die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. (DSTG LV M-V) ist der Landesverbandsvorsitzende, Herr Frank Höhne, verantwortlich. Er ist erreichbar unter der Anschrift: Grasnelkenweg 7, 18184 Kösterbeck, der Mobil: +49 179 7411301 und der E-Mail: vorsitzdstgmvp@gmx.de. Zur Datenschutzbeauftragten ist Frau Ines Schneider bestellt worden. Sie ist erreichbar unter der E-Mail: daten.dstg-mv@gmx.de.

2. Inhalt, Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Zur satzungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erfasst die DSTG LV M-V nach Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO von jedem Mitglied die auf der Vorderseite erhobenen Daten und verarbeitet diese personenbezogenen Daten in dem gewerkschaftseigenen EDV-System. Jedem Mitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Die DSTG LV M-V wird ermächtigt, die für die Beitragsabrechnung notwendigen persönlichen Daten zu speichern, zu verarbeiten und die in Zusammenhang mit dem Beitragseinzug notwendigen Daten dem eigenen Bankinstitut zu übermitteln. Die personenbezogenen Daten werden dabei durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.

3. Übermittlung der Daten an Dachverbände

Die DSTG LV M-V ist Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG Bund) sowie des dbb beamtenbund und tarifunion (mecklenburg-vorpommern) (dbb (m-v)). Neu eingetretene Mitglieder werden mit Vor- und Nachnamen an diese Dachverbände mitgeteilt. Bei Mitgliedern mit besonderen Aufgaben (z.B. Vorsitzende/r und/oder andere Funktionsträger) werden zusätzlich die Bezeichnung ihrer gewerkschaftlichen Funktion und ihre Kontaktdaten mitgeteilt.

4. Veröffentlichung von Mitgliedsdaten und gewerkschaftsinterne Weitergabe

Die Landesverbandsleitung und die Untergliederungen der DSTG LV M-V machen besondere Ereignisse der gewerkschaftlichen Arbeit, insbesondere Veranstaltungen, Ehrungen und Feierlichkeiten an den „schwarzen Brettern“ der Gewerkschaft in den Dienststellen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums Mecklenburg-Vorpommern (FM M-V) und der NoA Ast Güstrow, in den Mitgliedszeitschriften der Gewerkschaft und Dachverbände, wie „DSTG magazin“ und „Wellenbrecher“ und auf den Webseiten der Gewerkschaft und Dachverbände, wie www.dstg.de, www.dstg-mv.de, www.dbb.de und www.dbb-mv.de bekannt. Dabei können personenbezogene Mitgliederdaten, insbesondere der volle Name, veröffentlicht werden.

Mitgliederverzeichnisse werden, auch auszugsweise, nur an den Landesverbandsvorsitzenden und/oder sonstige Funktionsträger ausgehändigt, deren besondere Funktion die Kenntnis der Mitgliederdaten erfordert. Macht ein Mitglied geltend, dass er die Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner satzungsmäßigen Rechte benötigt, händigt die Landesverbandsleitung der DSTG LV M-V die Liste nur gegen die schriftliche Versicherung aus, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden.

5. Dauer der Speicherung

Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden nicht länger benötigte personenbezogene Daten des Mitglieds, vorbehaltlich gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, gelöscht. Ist die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Mitglieds gesetzlich vorgeschrieben, tritt an die Stelle der Löschung eine Sperre.

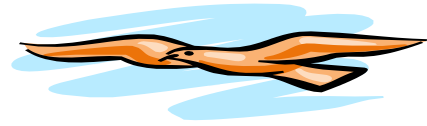
6. Rechte des Mitglieds

Das Mitglied hat gegenüber der/dem Verantwortlichen jederzeit das Recht,

- Auskunft** über die gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen (Art. 15 DSGVO),
- die unverzügliche **Berichtigung** unrichtig gespeicherter personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO)
- und die unverzügliche **Löschung** von nicht mehr benötigten persönlichen Daten zu verlangen bzw. die **Sperrung** zu verlangen, wenn gesetzliche Aufbewahrungspflichten eine Löschung verhindern (Art. 17 DSGVO).

Das einzelne Mitglied kann gegenüber der Landesverbandsleitung der DSTG LV M-V einer Veröffentlichung seiner Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widersprechen. Im Falle des Widerspruches unterbleiben in Bezug auf das widersprechende Mitglied weitere Veröffentlichungen. Personenbezogene Daten des widersprechenden Mitglieds werden von der Homepage der DSTG LV M-V entfernt. Die DSTG LV M-V benachrichtigt die oben genannten Dachverbände von dem Widerspruch des Mitglieds.





Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
c/o Herrn Frank Höhne
Grasnelkenweg 7
18184 Kösterbeck
Deutschland
Gläubiger-IdNr.: DE03MV100000070143

Mitglieds-Nr.: _____

Änderungsantrag, Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name, Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Straße, Nr.: _____

Postleitzahl, Ort: _____

E-Mail privat: _____ Ortsverband: _____

DSTG-Zeitschrift „Wellenbrecher“ Print digital

Besoldungs- oder Entgeltgruppe: _____ Teilzeit _____ %

Steueranwärter/in Finanzanwärter/in Rentner/in Pensionär/in

Die Änderungen meiner Mitgliedsdaten gelten ab dem ____ . ____ . 20 ____ .

Name, Vorname (Kontoinhaber, falls abweichend): _____

Anschrift (falls abweichend): _____

Kreditinstitut: _____

IBAN: _____ BIC: _____

Mandatsreferenz: DSTGMV _____ *(ergänzt mit der eigenen MitgliedsNr.)

Die auf der Folge- bzw. Rückseite abgedruckten Datenschutzinformationen habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern widerruflich, Zahlungen, wie den satzungsgemäß festgelegten Gewerkschaftsbeitrag, ab Fälligkeit von meinem Konto wiederkehrend mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich trete hiermit unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerspruchs mein(e) Gehalt/Besoldung bis zur Höhe des jeweiligen Mitgliedsbeitrages an die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ab. Fällt der Termin auf ein Wochenende oder einen Feiertag, wird am ersten darauf folgenden Werktag abgebucht.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basislastschrift wird mich die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kto.-Inh.: Ort / Datum _____ Unterschrift: _____

Mitglied: Ort / Datum _____ Unterschrift: _____



Datenschutzinformation nach Art. 13 Abs. 1 und 2 DSGVO

1. Verantwortliche Person/en und Datenschutzbeauftragte(r)

Für die Einhaltung des Datenschutzes im Rahmen der nachfolgend beschriebenen Verarbeitung personenbezogener Daten durch die DSTG Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. (DSTG LV M-V) ist der Landesverbandsvorsitzende, Herr Frank Höhne, verantwortlich. Er ist erreichbar unter der Anschrift: Grasnelkenweg 7, 18184 Kösterbeck, der Mobil: +49 179 7411301 und der E-Mail: vorsitzdstgmvp@gmx.de. Zur Datenschutzbeauftragten ist Frau Ines Schneider bestellt worden. Sie ist erreichbar unter der E-Mail: daten.dstg-mv@gmx.de.

2. Inhalt, Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Zur satzungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erfasst die DSTG LV M-V nach Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO von jedem Mitglied die auf der Vorderseite erhobenen Daten und verarbeitet diese personenbezogenen Daten in dem gewerkschaftseigenen EDV-System. Jedem Mitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Die DSTG LV M-V wird ermächtigt, die für die Beitragsabrechnung notwendigen persönlichen Daten zu speichern, zu verarbeiten und die in Zusammenhang mit dem Beitragseinzug notwendigen Daten dem eigenen Bankinstitut zu übermitteln. Die personenbezogenen Daten werden dabei durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.

3. Übermittlung der Daten an Dachverbände

Die DSTG LV M-V ist Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG Bund) sowie des dbb beamtenbund und tarifunion (mecklenburg-vorpommern) (dbb (m-v)). Neu eingetretene Mitglieder werden mit Vor- und Nachnamen an diese Dachverbände mitgeteilt. Bei Mitgliedern mit besonderen Aufgaben (z.B. Vorsitzende/r und/oder andere Funktionsträger) werden zusätzlich die Bezeichnung ihrer gewerkschaftlichen Funktion und ihre Kontaktdaten mitgeteilt.

4. Veröffentlichung von Mitgliedsdaten und gewerkschaftsinterne Weitergabe

Die Landesverbandsleitung und die Untergliederungen der DSTG LV M-V machen besondere Ereignisse der gewerkschaftlichen Arbeit, insbesondere Veranstaltungen, Ehrungen und Feierlichkeiten an den „schwarzen Brettern“ der Gewerkschaft in den Dienststellen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums Mecklenburg-Vorpommern (FM M-V) und der NoA AST Güstrow, in den Mitgliedszeitschriften der Gewerkschaft und Dachverbände, wie „DSTG magazin“ und „Wellenbrecher“ und auf den Webseiten der Gewerkschaft und Dachverbände, wie www.dstg.de, www.dstg-mv.de, www.dbb.de und www.dbb-mv.de bekannt. Dabei können personenbezogene Mitgliederdaten, insbesondere der volle Name, veröffentlicht werden.

Mitgliederverzeichnisse werden, auch auszugsweise, nur an den Landesverbandsvorsitzenden und/oder sonstige Funktionsträger ausgehändigt, deren besondere Funktion die Kenntnis der Mitgliederdaten erfordert. Macht ein Mitglied geltend, dass er die Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner satzungsmäßigen Rechte benötigt, händigt die Landesverbandsleitung der DSTG LV M-V die Liste nur gegen die schriftliche Versicherung aus, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden.

5. Dauer der Speicherung

Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden nicht länger benötigte personenbezogene Daten des Mitglieds, vorbehaltlich gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, gelöscht. Ist die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Mitglieds gesetzlich vorgeschrieben, tritt an die Stelle der Löschung eine Sperre.

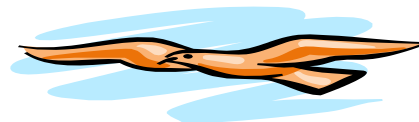
6. Rechte des Mitglieds

Das Mitglied hat gegenüber der/dem Verantwortlichen jederzeit das Recht,

- Auskunft** über die gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen (Art. 15 DSGVO),
- die unverzügliche **Berichtigung** unrichtig gespeicherter personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO)
- und die unverzügliche **Löschung** von nicht mehr benötigten persönlichen Daten zu verlangen bzw. die **Sperrung** zu verlangen, wenn gesetzliche Aufbewahrungspflichten eine Löschung verhindern (Art. 17 DSGVO).

Das einzelne Mitglied kann gegenüber der Landesverbandsleitung der DSTG LV M-V einer Veröffentlichung seiner Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widersprechen. Im Falle des Widerspruches unterbleiben in Bezug auf das widersprechende Mitglied weitere Veröffentlichungen. Personenbezogene Daten des widersprechenden Mitglieds werden von der Homepage der DSTG LV M-V entfernt. Die DSTG LV M-V benachrichtigt die oben genannten Dachverbände von dem Widerspruch des Mitglieds.





FSG
 Mecklenburg-Vorpommern

Mitglieds-Nr.: _____

Finanzsportgemeinschaft
 Mecklenburg-Vorpommern
 c/o Herr Frank Gottwald
 Bussardstr. 31
 18209 Bad Doberan

Aufnahmeantrag, Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name, Vorname: _____ Geburtsdatum: _____
 Straße, Nr.: _____
 Postleitzahl, Ort: _____
 E-Mail privat: _____ Ortsverband: _____

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Finanzsportgemeinschaft (FSG) –
 Mecklenburg-Vorpommern (e.V.) – ab dem _____._____.20____.

Die auf der Folge- bzw. Rückseite abgedruckten Datenschutzinformationen habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die FSG Mecklenburg-Vorpommern widerruflich, Zahlungen, wie den satzungsgemäß festgelegten Mitgliedsbeitrag, ab Fälligkeit von meinem Konto wiederkehrend mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, von der FSG Mecklenburg-Vorpommern auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich trete hiermit unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerspruchs mein(e) Gehalt/Besoldung bis zur Höhe des jeweiligen Mitgliedsbeitrages an die FSG Mecklenburg-Vorpommern ab. Fällt der Termin auf ein Wochenende oder einen Feiertag, wird am ersten darauf folgenden Werktag abgebucht.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basislastschrift wird mich die FSG Mecklenburg-Vorpommern über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Name, Vorname (Kontoinhaber, falls abweichend): _____

Anschrift (falls abweichend): _____

Kreditinstitut: _____

IBAN: _____ BIC: _____

Mandatsreferenz: WIRD SEPARAT MITGETEILT

Kto.-Inh.: Ort / Datum _____ Unterschrift: _____

Mitglied: Ort / Datum _____ Unterschrift: _____



**Datenschutzerklärung für Mitglieder in der Finanzsportgemeinschaft
Mecklenburg-Vorpommern e.V.**

Ich willige ein, dass die Finanzsportgemeinschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V. als verantwortliche Stelle die nachstehenden personenbezogenen Daten

Name	
Vorname	
Geburtsdatum	
Anschrift	
E-Mail-Adresse	
Telefonnummer	
Bankverbindung (IBAN)	

zum Zwecke der Mitgliederverwaltung, des Beitragseinzuges und der Übermittlung von Vereinsinformationen durch den Verein verarbeitet und nutzt. Eine Übermittlung dieser Daten an den Landessportbund MV findet nur im Rahmen der in der Satzung festgelegten Zwecke statt. Diese Datenübermittlungen sind notwendig zum Zwecke der Organisation des Vereinsbetriebes und ggf. zum Zwecke der Einwerbung von öffentlichen Fördermitteln. Eine weitere Datenübermittlung an Dritte findet nicht statt und ist auch in Anlehnung an die Vereinssatzung verboten.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden die personenbezogenen Daten gelöscht, soweit sie nicht entsprechend den steuerrechtlichen Vorgaben aufbewahrt werden müssen.

Mir ist bewusst, dass ich im Rahmen der Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung das Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten habe, die zu meiner Person bei der verantwortlichen Stelle gespeichert sind. Außerdem habe ich das Recht im Falle fehlerhafter Datenspeicherung auf Korrektur.

Das beigelegte „Merkblatt Datenschutz“ (Informationspflichten nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

Ort/Datum:

Unterschrift:

Optional

Ich willige ein, dass der vorbezeichnete Verein meine E-Mail-Adresse und, soweit erhoben, auch meine Telefon-/Handynummer zum Zwecke der Kommunikation nutzt. Eine Übermittlung an Dritte wird nicht vorgenommen.

Ort/Datum:

Unterschrift:

Optional

Ich willige ein, dass der vorbezeichnete Verein Bilder von vereinsbezogenen oder gesellschaftlichen Veranstaltungen auf der Facebook-Seite des Vereins oder sonstigen Vereinspublikationen (AIS) veröffentlicht.

Ort/Datum:

Unterschrift:



Wo bleiben Eure Beiträge?

Eure Mitarbeit, Anregungen und Meinungen sind gefragt!!!

Oder seid Ihr wunschlos glücklich?



Die Redaktion des Wellenbrechers

***Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/ 2022
ist der 20.05.2022***

Verantwortlich:

Frank Höhne (FA Rostock)

Vorsitzender
> **NBL, Nordkooperation,**
Seniorenvertretung und Rechtsschutz

Antje Timm (FA Schwerin)

Stellv. Vorsitzende
> **Schatzmeisterin**

Susanne Wienke (FA Rostock)

Stellv. Vorsitzende
> **Tarifkommission**

Maria Preper nau (FA Rostock)

Stellv. Vorsitzende
> **Landesfrauenvertreterin**

Burkhard Köhler (FA Hagenow)

Stellv. Vorsitzender
> **Rechtsschutzbeauftragter und**
Ausschüsse

Ines Schneider (FA Rostock)

Beisitzerin
> **Datenschutzbeauftragte und**
Mitgliederverwaltung

Raik Weeber (FA Ribnitz-Damgarten)

Beisitzer
> **Landesjugendleiter**

Ron Geist (FA Stralsund)

Beisitzer
> **Stellv. Landesjugendleiter**

Anja Scherlacher (FA Schwerin)

Beisitzerin
> **Stellv. Rechtsschutzbeauftragte**

Matthias Fußy (FA Ribnitz-Damgarten)

Beisitzer

Frank Bachmann (FA Stralsund)

> **Schwerbehindertenvertreter**

Kontaktadressen:

vorsitzdstgmvp@gmx.de
dstg.mv@gmx.de

Eure Mitarbeit, Anregungen und Meinungen sind gefragt!!!



© DSTG Landesverband Mecklenburg Vorpommern
Die Beiträge stellen die Auffassung der jeweiligen Verfasser dar.

